

400 Skins in Rudolstadt

Junge Freiheit - Braunzone

Neues von der SPD

BürgerRECHTSbewegung

Josef Abs

NPD Thüringen

Nazi-Mail-Boxen

New-Age

Meldungen

Buchenwald

Frau in Braun

Europawahlen

Neues vom Präsidenten

Türkei

Vorsicht Gift

m 14. Mai konnte im thüringischen Rudolstadt ein Konzert mehrerer rechter Skin-Bands ungehindert stattfinden. Obwohl - nicht zuletzt aufgrund der Recherche und Proteste von AntifaschistInnen - im vorhinein bekannt war, daß die Veranstaltung zu einer Zusammenrottung mehrerer Hundert Skin-Heads der harten Szene werden würde, vermietete die Stadt Rudolstadt den Saal im "Deutschen Krug" an die Veranstalter. Gegenüber GegendemonstrantInnen erklärte sich die Polizei vorab als "gewappnet".

Gedächtnisprotokoll

Polizeieinsatz im Zusammenhang mit dem Skin-Konzert am 14. Mai 1994 in Rudolstadt

Um etwa 13 Uhr befanden sich bereits kleinere Gruppen Skin-Heads und ein massives Polizeiaufgebot mit Sondereinsatzgruppen (ohne Dienstnummern) und Wasserwerfern in Rudolstadt. Es schien, als hätten sich die Verantwortlichen von der Militanz der erwarteten rechten Szene überzeugt oder aber das Polizeiaufgebot war die Wappnung gegen eventuelle GegendemonstrantInnen. Die Kommune nutzte die Möglichkeit nicht, noch kurzfristig die Vermietung des Saales im "Deutschen Krug" an die Veranstalter des Skin-Konzertes rückgängig zu machen.

Den Nachmittag verbrachten Polizei und Skins damit, den reibungslosen Ablauf des Tages abzusichern: Die Polizei errichtete eine Absperrung um den Veranstaltungsort und kontrollierte diesen gemeinsam mit den Skin-Heads.

Die Polizei stand im Dienst der rechtsextremen Veranstaltung

Gruppen der Polizei und der Skins plauderten und scherzten miteinander im Park des "Platzes der Opfer des Faschismus" an dessen Seite der "Deutsche Krug" gelegen ist. PassantInnen führten ihre Hunde spazieren und genossen das sommerliche Wetter - ein Maitag in Rudolstadt.

Die Normalität schienen einzig vier GegnerInnen und BeobachterInnen des Skin-Treffens zu stören (einige junge Menschen aus der Antifa-Szene wurden kurz gesehen, zogen sich jedoch - wohl angesichts der Lage - wieder zurück). B. und L., später dann auch E. und H., hielten sich längere Zeit ruhig inmitten des Geschehens auf, in der Hoffnung, daß die Polizeipräsenz die Skins von Übergriffen abhalten würde.

B. fotografierte einige Situationen, teils verdeckt, teils offen.

Während sich die Skins ungestört im Park und am Bahnhof tummelten, erregten B. und L. nach kurzer Zeit die Aufmerksamkeit der Polizei.

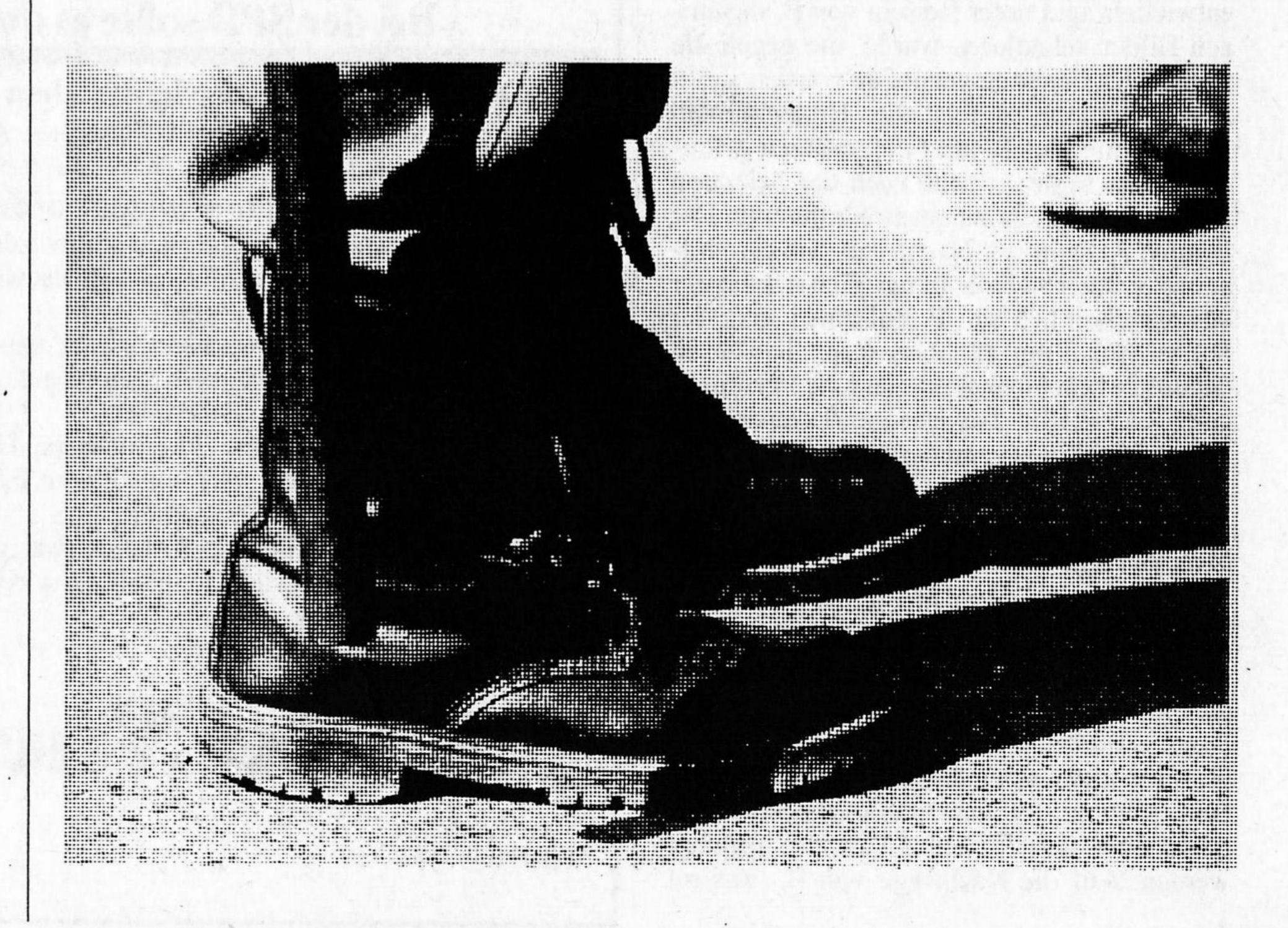
Sie wurden vom Beamten A. mit der Begründung gestoppt, es würden zwei Personen gesucht, deren Beschreibung auf B. und L. zutreffe. Auf die Nachfrage, welches Vergehens sich die beiden schuldig gemacht hätten, wurde ihnen mitgeteilt, sie hätten Personen fotografiert. Nach mehreren Fragen über den Zweck ihres Aufenthalts und des Fotografierens wurden ihre Personalien festgestellt.

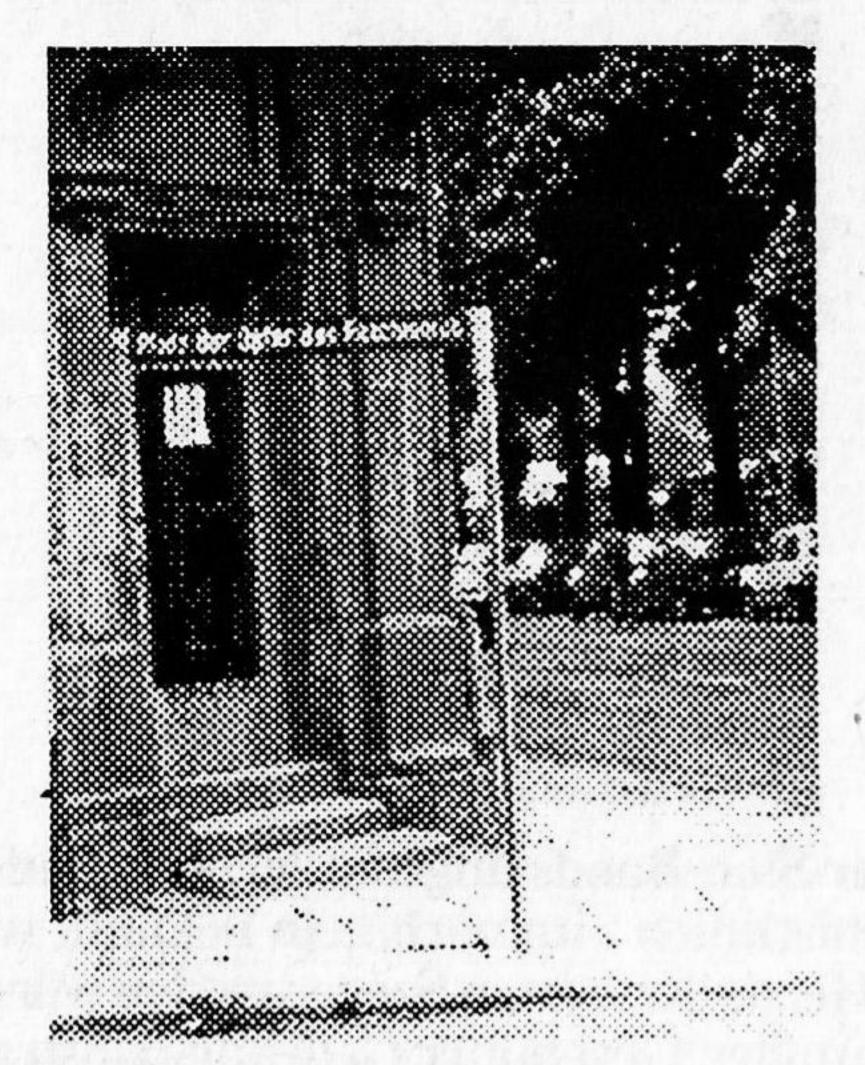
Gegen 19 Uhr hielten sich schätzungsweise 300 Skins in der Nähe des Veranstaltungsortes auf, viele von ihnen in be- oder angetrunkenem Zustand. Zu diesem Zeitpunkt konnte kein Zweifel mehr bestehen, daß dies ein Treffen der rechtsextremen Skin-Szene war. Hitlergrüße waren ebenso zu sehen wie Motorrad-Hools mit Stahlhelm (Wo war die Polizei? Oder erfüllen Stahlhelme die Vorschriften der Helmpflicht?). Einige von ihnen wurden von der Polizei bei Verlassen des Bahnhofs kontrolliert, durchsucht und wie sich später herausstellte wegen Führens der Reichskriegsflagge u. ä. vorläufig festgenommen. Die Mengen bewegten sich um etwa

19.30 Uhr zur Absperrung des Veranstaltungsortes und wurden dort von den Skin-Ordnern unter den Augen der Polizei kontrolliert. Zwischenzeitlich betraten auch ein älterer, gesetzter Mann, der zuvor das Gelände abgegangen war, und eine Frau den Saal. Zu diesem Zeitpunkt waren am Veranstaltungsort ein Fernsehteam des ZDF und Journalisten des mdr und verschiedener Zeitungen anwesend.

Etwa um 19.30 kam eine Gruppe der Polizei-Sondereinsatzgruppe auf B., E., H. und L. zu und griff L. unter dem Vorwurf der Beamtenbeleidigung im Verlauf einer polizeilichen Videoaufnahme heraus.

Die Polizei führte den Gegner des Skin-Treffens ab - in einer Art, als habe sie hier einen der eigentlichen Gewalttäter des Tages dingfest gemacht.





B., E. und H. wurden massiv daran gehindert, L. zu folgen und die Polizeiaktion aus der Nähe zu beobachten. H. wurde ein Platzverweis erteilt, B. wurde dieser Verweis angedroht. Auf Nachfrage war die Begründung zu erfahren, man "behindere" (durch eine Nähe von etwa 6 Metern und abgetrennt durch einen Zaun) den Dienst der Polizei. L. wurde zwischenzeitlich durchsucht und die Personalien festgestellt. Die Aufforderung, die Verhältnismäßigkeit der Mittel zu wahren und angesichts mehrerer hundert rechtsextremer Skin-Heads die Polizeiaktion gegen vier GegnerInnen und BeobachterInnen abzubrechen, fand bei den BeamtInnen keine Beachtung. Den Versuch, die Polizeiaktion zu fotografieren, verhinderten die Beamten, indem sie ihre Hände vor das Objektiv hielten und androhten, die Kamera zu öffnen.

Als B. sich L. um etwa zwei Meter nähern konnte, wurde L. hinter einen Polizei-kleinbus gebracht.

Der Beamte A. forderte B. kurze Zeit später auf, hinter die Absperrung zu kommen, um mitzuteilen, daß das Fotografieren einzelner Beamter strafbar sei. Eine Aufnahme von Beamten im Dienst, die "quasi Portraitcharakter" habe, sei ein Verstoß gegen die Urheberrechte und Persönlichkeitsrechte des Beamten. Der Beamte A. stellte B. vor die Alternative, den Film unter Beisein der Beamten aus der Kamera zu nehmen und zu belichten oder den Film der Polizei zu übergeben, die ihn entwickeln und unter Beisein von B. diejenigen Bilder selektieren würde, die gegen die Rechte der Beamten verstoßen würden.

B. erhielte dann die restlichen Bilder zurück. Der Beamte, der B. am Fotografieren gehindert hatte, sagte, er sähe nach der Selektion keinen Anlaß mehr zu einem Strafantrag. Der Beamte A. sagte auf Nachfrage, daß ein Stafantrag seitens anderer fotografierter Beamter unwahrscheinlich sei. B. entschied sich, der Polizei den Film zu übergeben, die diesen daraufhin beschlagnahmte und die Personalien B.'s feststellte. Der Beamte A. versicherte B. auf Nachfrage, von der zuständigen Polizeidienststelle den Film nach Benachrichtigung zurückzuerhalten.

Die Presse (ZDF, mdr u. a.) beobachtete das Geschehen.

L. wurde kurze Zeit später in Kunststoff-Manschetten gefesselt, zu einem Dienstwagen gebracht und abtransportiert. Auf die Frage von B. und H., wohin L. gebracht würde, antwortete ihnen der leitende Beamte A., zum Schutze der Persönlichkeitsrechte L.'s dürfe ihnen darüber keine Auskunft gegeben werden. Auf die Nachfrage von B., was im

Allgemeinen in einem solchen Fall passiere, antwortete A., im allgemeinen würde eine Person in die örtliche Polizeidienststelle gebracht. In der Polizeidienststelle Rudolstadt erhielten B., E. und H. die Information, L. würde zur Polizeiinspektion Saalfeld, Promenadenweg 9 gebracht. In der Polizeiinspektion Saalfeld bekamen B. und H. die Auskunft, sie seien am falschen Ort und müßten sich telefonisch bei der Kriminalpolizeiinspektion erkundigen.

Der diensthabende Beamte gestattete nicht, das Telefongespräch aus der Dienststelle zu führen. Nach Anruf bei der Kriminalpolizeiinspektion erhielten B. und H. die Auskunft, daß sie bei der Polizeiinspektion im Promenadenweg 9 am richtigen Ort gewesen seien und wurden aufgefordert, erneut dort hin zu kommen, wo sie ein Beamter in Empfang nehmen würde. Der Beamte stellte eine baldige Entlassung von L. aus dem Gewahrsam nach Eintreffen des Staatsanwaltes in Aussicht. L. konnte die Kriminalpolizeiinspektion um etwa 23 Uhr verlassen.



Aufruf

zur Zeit dabei, den dritten antirassistischen Ratschlag Thüringen vorzubereiten.

Er wird am 5.11. in Erfurt stattfinden. Alle kritischen AntirassistInnen und AntifaschistInnen
sind aufgerufen, sich an der Diskussion zur konkreten Ausgestaltung des Ratschlages zu beteiligen.

Welche Schwerpunkte und welche Formen soll er haben?

Welche Initiativen wollen sich an der Vorbereitung eigenverantwortlich beteiligen?

Wer will mithelfen für den dritten Ratschlag zu mobilisieren?

Ideen, Vorschläge, Anregungen bitte an die Redaktionsadr esse schicken.



Neues von der SPD

Diesmal nichts neues von der CDU. Spätestens seit der Lektüre von "DEUTSCHE DEMO-KRATEN WIE RECHTSRADIKAL SIND CDU/CSU ?" kann es jeder wissen und niemanden verwundern.

"Es darf rechts von CDU/CSU keinen Platz für eine andere Partei geben" - dieser Satz von Stoiber wird nicht als Aufforderung verstanden, Republikaner und NPD politisch zu bekämpfen, sondern als Auftrag, deren ideologische Versatzstücke zu übernehmen.

Bei der SPD sollte es doch ganz anders sein?

Meistens ist es auch, aber leider eben nur meistens!

Obwohl seit dem Kniefall bei der faktischen Abschaffung des Asylrechtes einen auch bei dieser Partei nichts mehr verwundern dürfte, treibt einem doch die Hoffnung.

Diese Hoffnung wird mal wieder ordentlich beohrfeigt!

Am 12.6. waren alle EG-BürgerInnen aufgefordert deutsche Parteien zu wählen.

Um meine Stimme warb die SPD mit Slogans wie "Deutsche Interessen besser vertreten" oder die "Mafia europaweit zerschlagen".

Da ich kein Deutscher bin, warben sie zwar um meine Stimme, aber wollen <u>nicht</u> auch meine Interessen vertreten. Mancheine/r könnte auf die Idee kommen, die SPD will in Sachen Nationalismus die CDU noch überholen.

Der zweite Spruch läßt keine Zweifel mehr. Die Mafia - als das organisierte ausländische Verbrechen, nichts anderes wird mit diesem Begriff in der Öffentlichkeit assoziiert, hat die SPD europaweit ins Visier genommen.

Wer so um rechte Stimmen buhlt, kann zwar gegen rechte Gewalt und Rechtsextremismus reden, reichert aber mit dem Kniefall "Asylrecht" und solch fahrlässiger Propaganda den rechtsextremen Sumpf an.

Gute Nacht SPD!

Angelo Lucifero

DIE BRAUNIONE

er nur Hitlerfans und Nazi-Nostalgiker vom Schlage eines Ewald Althans ("Beruf Neonazi") in der Braunzone ausmacht, verdeckt die größere Gefahr: Der Rechtsextremismus ist noch zersplittert, aber er wird salonfähig. Ein Blick auf den Rand von CDU/CSU und darüberhinaus zeigt: Eine Sammlungsbewegung nimmt Gestalt an. Sie ist um ein seriöses Image bemüht. Scheinbar honorige Politiker und Universitätsdozenten haben daran enormen Anteil. Ein Report von Andreas Hamann.

Der Mißerfolg des Kanzlers soll ihr Erfolg werden: Die "Junge Freiheit" ist seit Ende Januar mit 100 000 Exemplaren auf dem Markt. Das braune Blatt bietet ultrarechten CDU-Dissidenten, nationalistischen Professoren, Ideologen der sogenannten Neuen Rechten sowie rechtsradikalen Nachwuchspolitikern aus den Parteien "Republikaner" und ihrer Abspaltung "Deutsche Liga für Volk und Heimat" eine Plattform.

Die Themen:

Der deutsche Nationalstaat und Maastricht-Europa, Kampf gegen den sogenannten Geißler-Süßmuth-Flügel bei den Christdemokraten, die "Ostgebiete", Asyl-und Ausländerpolitik ("Invasion ist ungebrochen). Weiter: Die "Umerziehung des deutschen Volkes", sowie das Ideengut der konservativen Wegbereiter Hitlers, von dessen faschistischer Terrorherrschaft man sich natürlich distanziert.

Die seit kurzem von Freiburg nach Potsdam übergesiedelte Redaktion gibt sich überparteilich, pluralistisch, intellektuell und jungdynamisch. Doch HBV und IG Medien in Berlin halten sie für "Nadelstreifenfaschisten". Das trifft den ideologischen Kern.

Wer wissen wollte, wo die Broschüre "Ausländerintegration ist Völkermord" zu beschaffen ist, konnte sich im vergangenen Jahr Monat für Monat im Anzeigenteil dieses Blattes orientieren. Damit ist Schluß, seit die "JF" zu Jahresbeginn von monatlichem auf wöchentliches Erscheinen umgestellt wurde und in dreifacher Auflagenhöhe erscheint wie bisher. Der Patzer wurde behoben.

Offene faschistische Hetze paßte noch nie ins JF-Konzept, das auf eine kulturell-geistige Hegemonie der Rechten im gesellschaftlichen Leben und ihre politische Einigung zielt. Dennoch liegen die politischen Schamgrenzen ganz rechtsaußen.

Da annonciert zum Beispiel der Koblenzer Bublies-Verlag mit seinem "nationalrevolutionären" Verlagsprogramm. Paradepferd ist Henning Eichberg, der mit seiner Theorie vom "Befreiungsnationalismus" die Konzeption der "Jungen Freiheit" beeinflußt. Zu haben ist bei Bublies auch eine Biographie des nationalsozialistischen Hitler-Opponenten Otto Strasser.

Für ihre Veranstaltungen werben in dem Blatt all die konservativen Gesprächs- und Leser-kreise, die zwischen Kiel und Regensburg sprießen. Und zwar innerhalb und außerhalb von CDU und Junger Union. Verstärkt geschieht das, seit die Bundestagsabgeordneten Heinrich Lummer und Claus Jäger im Dezember 1992 das Christlich-Konservative Deutschland-Forum (CKDF) gründeten.

Während einige dieser rechten Dissidenten noch die Hoffnung hegen, eine "Sozialdemokratisierung" der CDU rückgängig zu machen, bereiten andere den Absprung vor oder sind bereits gesprungen. So ist einer der früheren Sprecher des Deutschland-Forums, der Abgeordnete Krause aus Sachsen-Anhalt, durch seinen Übertritt zu den "Republikanern" der bislang einzige Parlamentarier Schönhubers im Bundestag geworden.

Darüber zu jubeln, ist nicht Sache der "Jungen Freiheit". Sie begleitet die Aktivitäten der REPs mal wohlwollend und dann wieder kritisch-spöttisch. Nicht Bierzeltdemagogie steht im Vordergrund, sondern der Marsch einer rechten Elite durch die Institutionen. Die Ära nach Schönhuber, dessen selbstherrlicher Führungsstil bereits viele aufstrebende junge Rechtskader aus der akademischen Elite verprellt hat, ist in Vorbereitung. Die Krise bringt es mit sich: Populisten mit vermeintlichen Patentlösungen für Arbeitslosigkeit und soziale Not sind auf dem Vormarsch.

Die äußeren Bedingungen für einen Erfolg des Rechtsextremismus seien unzweifelhaft gegeben, "wenn die Szene sich eint in einem gemeinsamen Bündnis unter einem neuen Führer", analysiert der Berliner Parteienforscher Prof. Richard Stöß in einem taz-Interview.

Eine solche Integrationsfigur müsse vom rechten Rand der Unionsparteien kommen. Doch angesichts des desolaten Zustandes des Rechtsextremismus würde derzeit keiner der in Frage kommenden Politiker - "möglicherweise Lummer aus Berlin oder Gauweiler aus München" - aus seiner Deckung rausgehen, um dieses zersplitterte Lager zu einigen.

"Da müßten dann auch die Spannungen innerhalb der Unionsparteien so groß sein, daß sie nicht als Individuum, sondern mit einem nennenswerten Teil ihrer Anhänger und mit politisch erfahrenen Leuten kämen", so Richard Stöß weiter. "Dafür ist die Zeit noch nicht reif."

Schlagzeile der "Jungen Freiheit" vom 18. Februar 1994: "Treibjagd auf Peter Gauweiler - Der rechte Unionsflügel steht kommenden Großen Koalitionen im Wege". Mit dem erzwungenen Rücktritt des bayerischen Umweltministers (Stichwort: Kanzleiaffäre) werde einer der fähigsten Konservativen im Unionslager kaltgestellt. Scheinbar, muß man hinzufügen.

Die Botschaft ist deutlich. In einem Interview mit Günther Zehm, ultrakonservativer Publizist und Philosophieprofessor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, wird sie noch untermauert: Es müsse gelingen neben CDU und CSU "auch im parlamentarischen Raum

eine seriöse Rechte zu etablieren". Heinrich Lummer, einer der möglichen Kandidaten für eine solche politische Formation, profiliert sich in derselben Ausgabe: Um die Kriminalität zu bekämpfen, dürfe auch das "Ableisten des Wehrdienstes bei der Polizei" kein Tabu sein. Von einer wehrhaften Demokratie müsse man "Härte und Entschlossenheit" erwarten können.

Der ehemalige Berliner Innensenator versteht es, sowohl senile Ritterkreuzträger und Vertriebene als auch die modernen Kader der akademischen Rechtselite in seinen Bann zu ziehen. In den Spalten der "Jungen Freiheit" hat er seinen Stammplatz. Mal interviewen ihn die beiden Funktionäre der "Deutschen Liga für Volk und Heimat", Carsten Pagel und Thorsten Thaler, dann wieder greift er selbst zur Feder. Bereits im November 1992 hatte Lummer den "Republikanern" bescheinigt, nicht rechtsextrem und undemokratisch, sondern sehr wohl koalitionsfähig zu sein.

Reagierte die Parteiführung anfangs scharf ablehnend auf das von CDU-Rechtsausleger Lummer und anderen Abgeordneten aus der Taufe gehobene Deutschland-Forum, so peilt sie für das Wahlkampfjahr offenbar einen Waffenstillstand an. Auch der Berliner Bundestagsabgeordnete hält sich momentan etwas zurück, um erneut auf CDU-Ticket nach Bonn fahren zu können.

"Bei einem Gespräch mit Generalsekretär Hintze haben wir Mitte Januar die ganze Animosität abstellen können", so der Bundesgeschäftsführer des Forums, Hans-Georg Hess, zum Verfasser dieses Reports. Aus knapp dreihundert Mitgliedern, darunter etliche Abgeordnete auf Bundes- und Länderebene, seien inzwischen über 600 geworden.

"Wir brauchen einen Zusammenschluß selbständiger Nationen und nicht diese fast krankhafte Art und Weise der Vermischung", faßt Hess die Kritik des Deutschland-Forums an der Europapolitik der Parteispitze zusammen. Das Reizthema Europa bringt den rechten Rand in Rage und läßt Berührungsängste schwinden. "Wir reden auch mit den neuen Gruppen, die zwischen linkslastiger Union und Republikanern entstehen. Selbstverständlich auch mit Herrn Brunner vom Bund Freier Bürger."

Das ehemalige FDP-Präsidiumsmitglied Brunner schürt mit seiner Ende Januar gegründeten Partei nationalistisch Stimmung gegen den Maastricht-Vertrag und gegen eine europäische Einheitswährung. Dabei benutzt er wie CKDF-Bundesgeschäftsführer Hess rassistische Vokabeln ("Vermischung"). Bei seinem CSU-Freund Peter Gauweiler hat er das Schlagwort vom "Esperantogeld" entlehnt. Manfred Brunner, als zweithöchster

deutscher EG-Beamter vom Kanzler geschaßt, wirbt schon heute damit, daß ihn der rechtsradikale Demagoge Jörg Haider von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) massiv im Wahlkampf unterstützen wird.

Haiders Einfluß auf die "Junge Freiheit" läßt sich übrigens an fast jeder Ausgabe ablesen. Ein FPÖ-Mitglied in der Redaktion sorgt dafür, daß die politischen Aktivitäten des österreichischen Parteiführers auch bei den deutschen Lesern ankommen. Vermutungen, daß die JF-Finanzierung auch über Lummer und Haider sowie direkt über die Verlagsgruppe Ullstein läuft, erscheinen zwar plausibel, konnten aber bislang nicht belegt werden.

An dem jungdynamischen Wochenblatt zeigt sich, wie stark die Grenzen zwischen Konservatismus und Neofaschismus bereits verwischt sind. Ein Beispiel von vielen: In der Maiausgabe 1993 wird das Jahrbuch "Deutsche Annalen" rezensiert, das "hoffentlich auch in den kommenden Jahren Forum für die Bündelung konservativer Gedanken" bleiben werde.

Herausgeber ist Gerd Sudholt, früher Kreisverbandsvorsitzender der NPD und Verleger solcher Werke wie "Antigermanismus - Eine Streitschrift zu Dachau und Auschwitz". In den siebziger Jahren veranstaltete er Seminare, bei denen Maßnahmen zur "Reinerhaltung des deutschen Volkes" diskutiert wurden. Inzwischen gibt er sich geläutert und will eine "neue rechte Politik".

Die damals von Sudholt geführte "Gesellschaft für freie Publizistik" firmierte übrigens noch bis weit in die 80er Jahre hinein als Mitgliedsorganisation der "World Anticomunist League" (WACL), einer schwarzbraunen Internationale mit Hauptsitz in Taiwan. Viele deutsche Teilnehmer der WACL-Jahrestagungen und ihrer "Weltfreiheitstage", darunter mehrere Bundestagsabgeordnete der Union, kommen aus den Landsmannschaften der Vertriebenen. So Hans Graf Huyn (CSU). Auch diese Klientel hat die "Junge Freiheit" im Blick.

Zum Jahrbuch des rechten Verlegers Sudholt hat auch der Österreicher Andreas Mölzer einen Beitrag beigesteuert. Er begreife das Ende der Volksparteien als neue Chance, heißt es in der "Jungen Freiheit" lobend. Was man nicht erfährt: Mölzer (FPÖ) wird jenem Flügel der europäischen "Neuen Rechten" zugerechnet, die den "bürgerlichen Liberalismus" als Hauptfeind sieht, weil sich dieser der Rassenmischung am wenigsten entgegenstelle. Es überrascht nicht, daß die JF. auch mit seiner Autorenschaft für sich wirbt. Direkt daneben eine weitere Rezension. Diesmal geht es um "Identität und Zukunft der Deutschen", eine Festschrift zum 65. Geburtstag des Politikwissenschaftlers Prof. Klaus Hornung (Reutlingen/Freiburg), der sich "uneingeschränkt als konservativ" ver-

steht. Einer der Aufsätze zu Hornungs Ehren

moniert die "Masseneinwanderung kultur-

fremder Völker". Dies komme einem "kaska-

denartigen Masseneinfall von Kriminellen"

gleich. Biedermänner oder Brandstifter?

Fast alle Autoren der Festschrift (Herausgeber Hans Filbinger, Leiter des CDU-nahen Studienzentrums Weikersheim sowie Heinz Karst, Vorstandsmitglied der "Deutschland-Stiftung" Gerhard Löwenthals) sind gleichzeitig Autoren in der "Jungen Freiheit".

Das "Who is who?" würde Bände füllen. Hier nur eine kleine Auswahl: Der Politologe Prof. Konrad Löw, Anfang der 80er Jahre gemeinsam mit Klaus Hornung Aktivist der Konservativen Aktion, bescheinigte der chilenischen Pinochet-Diktatur nach einem Chile-Besuch makellosen Umgang mit den Menschenrechten. Kein Wunder: Seine Reise erfolgte auf Einladung der chilenischen Sektion der "World Anticomunist League".

Das Lebensthema von Caspar von Schrenck-Notzing, Herausgeber des rechten Strategieorgans "Criticón" ist die "amerikanische Umerziehung des deutschen Volkscharakters". Mit dem völkisch-rassistischen Aufsatz in der Festschrift zu Ehren Professor Hornungs korrespondiert das nicht schlecht. Auch Claus Jäger, Bundestagsabgeordneter vom Christlich-Konservativen Deutschland-Forum, der sich zur Abtreibungsfrage äußert, darf nicht fehlen. Wolfgang Strauss wiederum, der sich selbst als "Nationalrevolutionär bezeichnet, berät NPD-Chef Deckert und taucht auch als Referent in Filbingers Studienzentrum Weikersheim auf.

Als Denkfabrik der Union spielt das Studienzentrum eine wichtige Rolle im rechten Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland. Hier wird bei Seminaren auch jungkonservativer Nachwuchs herangezogen. Hans Filbinger, Leiter von Weikersheim, mußte 1978 als Ministerpräsident Baden-Württembergs abtre-

ten, weil er im zweiten Weltkrieg als Marinerichter ein Todesurteil beantragt hatte. In seiner neuen Tätigkeit arbeitete er lange Zeit mit den Kuratoriumsmitgliedern Klaus Hornung und Rolf Schlierer zusammen. Erst als der öffentliche Druck wegen dessen REP-Engagement zu groß wurde, trennte man sich in Weikersheim von dem Rechtsradikalen Schlierer. Heute ist er Landesvorsitzender der Schönhuber-Partei und Autor der "Jungen Freiheit".

Für personelle Kontinuität sor-Professoren gen die Motschmann (Berlin), Blumenwitz (Würzburg), Rohrmoser (München), Hornung (Reutlingen/Freiburg), Bossle (Würzburg) und Seiffert (Kiel) ebenso wie die CDU-Abgeordneten Lummer und Jäger vom "Deutschland-Forum". Sie treten bei Seminaren in Weikersheim auf und schreiben für das "Deutschland-Magazin", ein stockkonservatives Kampfblatt * vom rechten Rand der CDU/CSU. Es wird von der Deutschland-Stiftung herausgegeben, die als einflußreiche

rechte Lobby wirkt. Alle Genannten haben außer politischen Überzeugungen noch etwas gemeinsam: Als Interviewpartner oder Autoren nutzen sie die "Junge Freiheit" und verhelfen ihr zu Salonfähigkeit.

So sehr sich konservative Hardliner von Nazi-Nostalgikern abheben, so wenig läßt sich leugnen, daß es heute mehr Berührungspunkte gibt als früher. Die "Berliner Kulturgemeinschaft Preußen", die mit Wiking-Jugend und anderen Neonazis zusammenarbeitet, feierte Anfang vergangenen Jahres gemeinsam mit einem "Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk".

Maßgebliche Leute im Bildungswerk sind die JF-Mitarbeiter Carsten Pagel und Thorsten Thaler, beide von der "Deutschen Liga für Volk und Heimat". Heinrich Lummer konnte im Frühjahr 1993 nur durch starken Druck der Berliner CDU-Spitze von einem Vortrag im "Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk" abgehalten werden. Der Pluralismus in dem politischen Spektrum, das die "Junge Freiheit" erreichen will, ist umwerfend: Führungsmitglieder der "Liga" halten Kontakt zu den Köpfen der inzwischen verbotenen "Deutschen Allianz", die der Hard-Core-Naziszene zugerechnet werden.

Die Macher dieses salonfaschistischen Zentralorgans und ihre geistigen Sponsoren geben sich locker. Tatsächlich haben sie eine rechtsradikale Sammlungsbewegung im Sinn, aus der eines Tages eine knallharte Nationale Partei entstehen könnte.

Andreas Hamann (Aus Ausblick März 1994)



Wahlen in der Türkei - Einiges zur Dehnbarkeit des Begriffes der "wehrhaften Demokratie"

Bericht einer Menschenrechtsdelegation die vom 15.03. bis zu ihrer Ausweisung am 25.03. in der Türkei weilte.

Die Türkei stellt sich in der Weltöffentlichkeit sehr gerne als demokratischer Staat dar, hierbei wird dann darauf verwiesen, das ein Parlament existiert und Wahlen stattfinden. Doch ist es möglich, Wahlen in einem politischen Klima der blutigen Repression gegen alle "nicht regierungstreuen Personen" als Element zu bezeichnen, daß das vorherrschende System als Demokratie legitimiert, ohne das dagegen international ernsthaft Widerspruch erhoben wird? Scheinbar ja! Die folgenden Zeilen sind ein kurzer Abriss dessen, was ich als Teilnehmerin einer Menschenrechtsdelegation in der Türkei erlebte und erfuhr. Ziel der Delegation war die Stadt Dogubayazit am Berg Ararat, die wir jedoch aufgrund des "aufopferungsvollen Schutzes", den uns die türkischen Sicherheitskräfte nicht erreichten. Insgesamt befanden wir uns sechsmal unfreiwillig in Polizeigewahrsam und waren zahlreichen Kontrollen und Polizeischikanen ausgesetzt. So wurden wir nach unserem ersten Versuch, Dogubayazit von der Stadt Van zu erreichen nach Einbruch der Dunkelheit auf offener Straße von der Polizei gestoppt. Dies geschah unter dem Vorwand wir würden mit der PKK (Kurdische Arbeiter Partei) sympathisieren. Die Posten nötigten uns, uns mit erhobenen Händen in einer Reihe aufzustellen. Wir wurden einer Leibesvisitation unterzogen, während uns ein Soldat mit einer Taschenlampe blendete. Dies war speziell für die Frauen der Delegation eine Demütigung, doch eine falsche Bewegung oder vehementer Widerspruch wären zu gefährlich gewesen, da die Posten ihre Kalaschnikovs bereits ostentativ durchgeladen hatten. Am darauffolgenden Tag wurden wir von Van zurück nach Ankara abgeschoben.

Von Ankara versuchten wir nun über Erzurum, eine Stadt im Südosten der Türkei, nach Dogubayazit zu gelangen. Doch auch da bot sich uns das gleiche Bild. Die türkischen Sicherheitskräfte setzten alles daran, Kontakt zwischen uns und der kurdischen Bevölkerung zu verhindern und so eine objektive Berichterstattung unmöglich zu machen. Bei jedem weiteren Versuch uns der Ararat Region zu nähern wurden wir verhaftet, wobei das Vorgehen der Polizei eine zentrale Strategie erkennen ließ. Die Sicherheitskräfte brachten gebetsmühlenartig immer wieder die gleichen Argumente. Die von der Offenbarung, daß ein Terrorkomando plane uns zu töten. wir aber weiterreisen könnten, wenn jeder einzelne unterschriebe, daß er bereit sei zu sterben bis hin zu der dreisten Lüge, das Europaparlament habe Menschenrechtsdelegationen zur Beobachtung in Nord-West-Kurdistan verboten. Außerdem wurden wir darauf hingewiesen das nationale Probleme national gelöst werden sollten und das wir Deutschen, die ja die Juden nahezu ausgerottet hätten wohl kaum das Recht hätten uns als Moralapostel zu erheben. Genügte all das nicht us von unserem Vorhaben abzubringen, weiterzureisen oder zumindest unsere Botschaft telephonisch von unserem Aufenthaltsort in Kenntnis zu setzen, bekam die Argumentation der Sicherheitskräfte Hand und Fuß - es wurde geschubst, geschlagen und getreten alles mit dem Hinweis, daß ja auch die deutsche Polizei Gewalt anwende. Doch nicht nur so wurden wir auf die großen Lehrer des türkischen Polizeiapparates hingewiesen. Bereitwillig erzählten uns zwei Beamte der Geheimpolizei voller Stolz und in einwandfreiem Deutsch, das sie zwei Jahre beim BKA Wiesbaden ausgebildet worden seien...

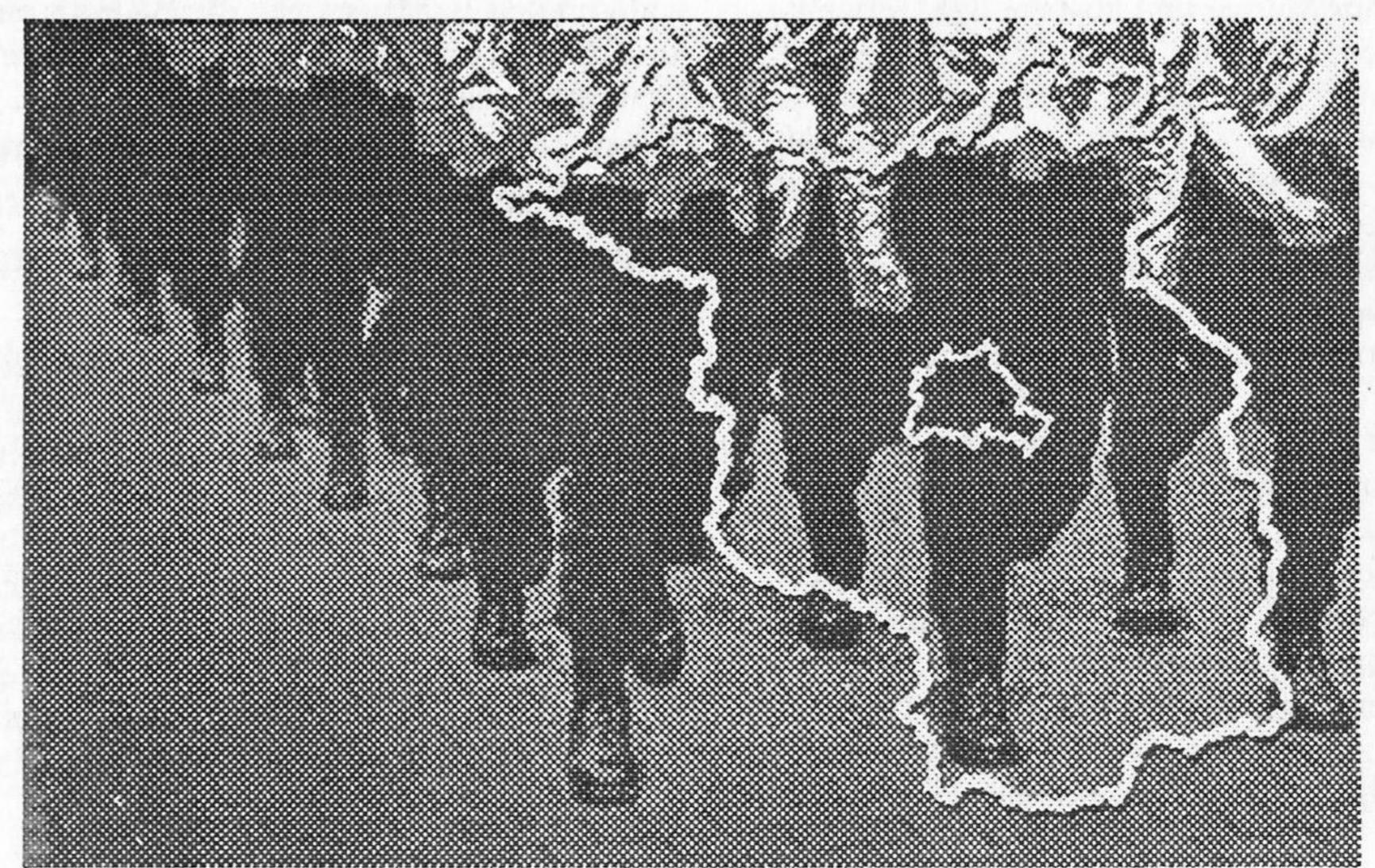
Während unseres Aufenthaltes in Nord West Kurdistan hatten wir trotz massiver Behinderung durch die türkische Polizei die Möglichkeit, Gespräche mit Vertretern der demokratischen Partei DEP und des Menschenrechtsvereins IHD zu führen. Beide Organisationen sind wegen ihres engagierten Auftretens gegen die von der Türkei offen propagierten "Endlösung der Kurdenfrage" immer wieder Ziel des staatlichen Terrors. Ihre Mitglieder werden als Terroristen und Separatisten denunziert, verhaftet, gefoltert und ermordet... Insgesamt wurden bisher circa 30 Bombenanschläge auf Büros und Funktionäre der DEP verübt, über 50 Kandidaten verhaftet und der stellvertretende Parteivorsitzende bei einem Attentat verletzt...

Für die Wahlen führte die türkische Regierung spezielle Gesetze ein. Jeder Wahlberechtigte der nicht wählte bekam Geldstrafen. Bewaffnete Sicherheitskräfte hielten sich in den Wahllokalen auf. Wahlurnen wurden nur in Dörfern aufgestellt die das um 150.000 Mann verstärkte Militär völlig unter Kontrolle hatte. Die gefüllten Urnen wurden von Militärhubschraubern in die Hauptstadt gebracht...

Zu den Wahlen traten auch Faschisten an wie die MHP/Grauen Wölfe. Völlig offen wurden deren Plakate von niederen Beamten verteilt. Ihre Parolen wie "Nur in einer vereinigten Türkei in den Grenzen des osmanischen Reiches ist das Leben lebenswert" weckten zwangsläufig Erinnerungen an Deutschland...

Das so zustandegekommene Wahlergebnis präsentierte man der Weltöffentlichkeit stolz als Einverständniserklärung des Volkes mit der Politik der türkischen Regierung...

In Anbetracht der hier aus Platzgründen nur sehr kürz wiedergegebenen Situation der Menschen in Kurdistan halte ich es nicht für verwunderlich. daß sich die Menschen in Kurdistan gegen die türkische Regierung auflehnen oder zu Hunderten aus dem Land fliehen. Auch frage ich mich, wie es Beckstein, Kanther und dergleichen moralisch verantworten können ... Kurden via Ausweisung das Todesurteil auszusprechen? S.H.



Hinter den Kulissen -Faschistische Aktivitäten in Brandenburg

Eine Broschüre über Hintergründe und Vordergründe der Brandenburgischen Neonazisszene.

Zu bestellen bei: L. Meyer c/o Hinter den Kulissen Gneisenaustr.2a

Vorsicht Gift!

Ein Nachdruck mit Konsequenzen

"Braune Socken im blauen Anzug/Neue Solidarität - mit Tempo 500 in den Faschismus" - In den "Antifa Nachrichten Thüringen" Nr. 2 (Sept. 1993) wurde unter dieser Schlagzeile eine Recherche der Zeitschrift "der Rechte Rand" abgedruckt. Durch einen technischen Fehler geriet dabei auch eine längere Passage, die gar nicht zu diesem Artikel, sondern zu einem Bericht über "Leon Degrelle" und andere international agierende Neofaschisten gehörte. Es begann eine Auseinandersetzung zwischen der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" (BRB) und den "Antifa Nachrichten Thüringen", bzw. deren Verantwortlichem im Sinne des Presserechtes, Angelo Lucifero. Durch Nachfragen erführ ich von einem Lehrstück über schärfste Repressalien gegen den Verbreiter einer Veröffentlichung, die in ihrer ursprüngliche Fassung dagegen nicht angegriffen wird (oder, weil wahr, nicht angegriffen werden kann?!?).

Richtigstellung? Kein Interesse der BRB

Während nach meinem Wissen bis heute keine Gegendarstellungsklage gegen den Original-Artikel in "der Rechte Rand" angestrengt wurde, obwohl diese Quelle in den "Antifa Nachrichten Thüringen" eindeutig ausgewiesen war, reagierte die BRB auf dessen Abdruck durch die "Antifa Nachrichten Thüringen" mit einer Klage nach dem Thüringer Presserecht.

Die Richtigstellung des Satzfehlers hätte schnell und einfach erreicht werden können, da die "Antifa Nachrichten Thüringen" durch Lucifero insoweit eine Gegendarstellung anboten.

Doch die BRB hielt am Ziel fest, die von ihr formulierte Gegendarstellung, die sich nicht nur auf den Satzfehler bezog, sondern in wesentlichen Punkten dem nur wiedergegebenen Artikel aus "der Rechte Rand" widersprach, abdrucken zu lassen.

Der eigentliche Autor des Artikels aus "der Rechte Rand", der inhaltlich durch entsprechende Beweise hätte gegenhalten können, war in der Kürze der Zeit nicht zu erreichen.

Daher bat Lucifero den gegnerischen Rechtsanwalt um eine Fristverlängerung und erklärte sich grundsätzlich bereit, nach Überprüfung des Sachverhalts eine entsprechende Gegendarstellung abzudrucken. Offenbar auf Einigung setzend versäumte er, Einspruch gegen das Gegendarstellungsbegehren einzulegen.

Statt Einlenkens folgte aber durch die BRB ein Antrag auf einstweilige Verfügung mit



dem Ziel, Lucifero die gesamten Rechtsanwaltskosten aufzudrücken!

Am 09.12.1993 wurde vor dem Erfurter Landgericht nicht eine Sekunde lang über die Inhalte des Artikels verhandelt. Das Gericht verfügte dennoch wegen des unterlassenen Einspruchs die Gegendarstellung. Der Antrag der BRB auf Übernahme der Rechtsanwaltskosten dagegen wurde abgewiesen.

Gegendarstellung? Nicht genug!

Der BRB geht es offensichtlich nicht um die Wahrheit, sondern um s Mundtotmachen durch langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren: Obwohl Lucifero Ende Dezember die "Antifa Nachrichten Thüringen" einstellte, versucht die BRB ihm nachzuweisen, daß er nach wie vor, entgegen dem Gerichtsurteil vom Dezember 1993, die "Antifa Nachrichten Thüringen" mit dem bewußten Artikel weiter verbreite, um ihn mit Ordnungsgeld in Höhe von DM 20.000,- belangen zu können.

Darüber hinaus wurden in einer am 11. April 1994 unter anderem im Erfurter und anderen Gewerkschaftshäusern Thüringens verteilten Dokumentation haarsträubende, die Bürger-Rechtsbewegung allerdings entlarvende, Behauptungen aufgestellt.

Ansetzend am undoitschen, "merkwürdigen Namen Angelo Lucifero" wird über "luciferische Lügengespinste" spekuliert. Die "Antifa Nachrichten" und andere Publikationen aus dem Antifaspektrum werden als kommunistisch, SED- bzw. PDS- gesteuert denunziert. Sollte das immer noch nicht reichen, wird anknüpfend an vorhandene Vorbehalte gegen "Wessis" kräftig weitergeschürt: Lucifero als Aufsteiger aus der Landeshauptstadt Wiesbaden, Lucifero sitzend auf einem gutbezahlten Arbeitsplatz usw. üsf.

Nebel in die Gehirne der Menschen treiben...

Mit der Zeitung "Neue Solidarität" und dem Auftritt der LaRouche im Juli 1993 vor den Kalikumpels wird versucht, die BRB als eine an den Interessen der Menschen orientierte Bewegung darzustellen.

Wen wirklich interessiert, wer und was hinter der BRB steckt, der/dem sei folgende Lektüre empfohlen:

"Deckname Schiller", rororo 1986: darin wird Lyndon H. LaRouche (7.7.1978)
wie folgt zitiert: "Es ist nicht notwendig,
braune Hemden zu tragen, um ein Faschist zu sein [...] Es ist nicht notwendig,
ein Hakenkreuz zu tragen, um ein Faschist zu sein [...] Es ist nicht notwendig,
sich selbst Faschist zu nennen, um ein
Faschist zu sein. Es ist einfach nur notwendig, einer zu sein!" Keine Gegendarstellung erwirkt!

Nazi-PC-Freaks: Neues aus der Zuse-Ecke

FAP-Spektrum) aus Kronach - plaudert in der Rubrik "Neues aus der Zuse-Ecke" aus dem Nähkästchen, was Nazimailboxen im Allgemeinen und Computerfreaks im Besonderen derzeit so alles aushecken (in der Ausgabe 10 - 12/93), wenn sie ihre Technik im Sinne der Neuen Ordnung einsetzen. Propagiert wird zunächst natürlich die Nutzung der Widerstand BBS - zum damaligen Zeitpunkt hatte der GdNF-Kader Kai Dalek seine Stadtsteinacher Kraftwerk-BBS noch nicht am Laufen. Dabei bestehen schon immer enge technische Kontakte zwischen den involvierten beiden braunen Fraktionen JN/ FAP und GdNF/NSDAP-AO. So ist der Produktionsbetrieb der NATION in Hand von Daleks engstem Mitarbeiter und damit scheint eine direkte Verbindung zu derjenigen Logistik gegeben, die etwa auch für die Produktion des EINBLICK von Relevanz war.



Kein Blick wie EINBLICK

Die "Zuse-Ecke" preist denn auch die Nazimailboxen in genau dem Tenor an, dessen Geistes Kind auch die Erstellung des EINBLICK war. Sprecher der Erlanger Justiz werden zitiert, die berichten, daß Nazi-Mailboxen wegen der Verschlüsselei des internen Bereichs nur mit erheblichem Aufwand und erst nach Ermittlungsauftrag durch die Staatsanwaltschaft geknackt werden könne und daher derzeit nur, "kritisch prüfend im Auge behalten" werde.

Eine Erstellung von Schwarzen Listen durch Nazis wird offen propagiert - auch die 100 Infotelefone der Linken und VVN-BDA hätten ihre Archive - erstere rufen (so NATION) auch unverhohlen zur Gewalt gegen "Rechte" auf. Dies werde nur verfolgt, wenn Nazis sich dies - zumal mit den Mitteln der EDV - vornehmen.

Ein offener Schulterschluß des "Systems" und seinen, vorgeblich "autonomen linksradikalen Partnern" werde deutlich.

"Technik für die nächsten EINBLICKE"

Das "nationale Medieninteresse", von der Widerstand-BBS seit neuestem durch einen eigenen Nationalen Nachrichtendienst befriedigt, soll auch mit Computerlogistik von PC, die bei Nazis rumstehen, verfolgt werden können.

Die Fa. Docunet (82110 Germering) habe die Software DOCUWARE PRESSMAN entwickelt und ermögliche mittels eines mitgelieferten Handscanners ein erhebliches Archivierungspotential.

Alle Zeitungen und Texte lassen sich von jedem DOCUWARE ausgerüsteten Neonazi (auch Bilder) künftig zu Hause auch einordnen und auswerten. Die inte-

grierte Texterkennungssoftware ermögliche dann die Weitervermittlung in die Mailboxen des Thule-Netzes.

Datenbank für Nazis

Nach unseren Informationen arbeitet Kai Dalek (auch Chef der Anti-Antifa Franken und Sysop Undertaker der Kraftwerk BBS) zusammen mit Thomas Hetzer (alias Pagan oder Saufeder oder A.Tetzlaff) an einer Nazidatenbank.

Vordergründig stehen Sachen von politischem Belang drin:

Informationen zu politischen. ökologischen und sozialen Themen.

Die Logik der Nazivernetzung wäre aber sicher auch in den "internen Bereichen" einer solchen Datenbank zu sehen. Gebraucht werden Fotos und Einzelheiten zum ganzen Volk und vor allem seinen renitenten linken AntifaschistInnen, auf die der EINBLICK der künftigen Gestapo konzentriert ist.

Quiet Hiroshima Part II

Wie gemütlich die "Zuse-Ecke" tatsächlich ist, zeigt sich auch darin, wie der Spieltrieb Computerbegeisterter Nazis angesprochen wird. Computerspiele wie "Secret weapons of the Luftwaffe" (mit denen "historisch authentische" Luftschlachten am Bildschirm ausgefochten werden) werden propagiert und die Computerszene wegen ihrer "Kriegsspielfeindlichkeit" aufs Korn genommen.

Das werde sich sicher bald ändern. In Amiland hätten kriegsbegeisterte Computerfreaks auch schon ihren eigenen "War-channel", in dem sie "Quiet Hiroshima Part II" bastelten. Das gebe es sicher auch bald in Deutschland.

Ansonsten wirbt NATION auch für die Sache von NPD- und RepBTX.

(Znet)

Auf neuen Wegen zu alten Zielen:

"Horizonte" des Faschismus

Ein New Age-Verlag propagiert die Nordeuropäer als Herrenmenschen des "Organismus Erde"

Ager. Doch hinter "globalem Denken", "planetarer Ethik" oder "Encouraging" - Bestseller-Begriffe der New Age- Verlage - verbergen sich oftmals nur die Konzepte der faschistischen Klassiker: Der "nordische Mensch" sieht sich selbst als Gott. Seine Ethik: Er darf alles und tut alles. Er ordnet die Welt nach dem Vorbild des Organismus neu, zu seinem Nutzen, denn er selbst soll der Kopf sein, andere Menschen allenfalls Handlanger, Arme und Beine des Organismus. Den Platz eines

Menschen bestimme das Schicksal, wird behauptet. Eine durchlässige, demokratische Gesellschaft, die allen die gleichen Chancen bietet, ist so nicht möglich. Der "Horizonte Verlag" verbindet die Propaganda für die "organische Weltanschauung" des Faschismus wie des New Age geschickt mit politischen Konzepten für eine Weltregierung, die unter dem Dach der Uno die ökonomischen Interessen des Nordens gegen den Süden durchsetzen soll. Neben offen faschistischen Autoren hat der Verlag auch George Bush, Boris Jelzin oder Boutros Boutros-Ghali im Programm.

"Wir handeln an Gottes Statt" und "Wir sind verantwortlich für Gott" behauptet eine Star-Autorin des "Horizonte"-Verlages: Sigrid Hunke, Chefideologin des Neofaschismus in Deutschland. "Wir" - das sind die "Arier". 1941/42 promovierte Hunke unter häufigem Bezug auf das berüchtigte SS-Organ "Das Schwarze Korps" bei dem "Rassepsychologen" Ludwig Ferdinand Clauß, der im Auftrag der SS im vorderen Orient antisemitische "Religionspsychologie" betrieb. In den 60er Jahren arbeitete sie die religiösen Ansichten des Nationalsozialismus auf ("Europas eigene Religion") und wurde damit Vize- und "Ehrenpräsidentin" der Nazi-Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e. V." (DUR), die nach 1945 in den alliierten Internierungslagern von unverbesserlichen Top--Nazis als Tarnorganisation für die soeben verbotene "Deutsche Glaubensbewegung" gegründet worden war.

In den 80ern arbeitete Hunke mit Pierre Krebs, Armin Mohler und Alain de Benoist in der rechten Denkfabrik "Thule- Seminar" und deren Zeitschrift "elemente", die die Bundesregierung als "völkisch-elitär" bezeichnet. In den 90em greift sie erneut die Orient Studien ihres Lehrers Clauß auf und publiziert bei "Horizonte", was schon 1941 in den "Nationalsozialistischen Monatsheften" des späteren DUR-Chefs Eberhard Achterberg stand: Daß der deutsche Kolonialismus in seiner ersten Phase - unter dem Staufer-Kaiser Friedrich II., der die gesamte damals bekannte Welt vom Baltikum bis nach Ägypten beherrschte - eine "Sternstunde deutsch-arabischer Begegnung" (Hunke) gewesen sei. Die "Kamele auf dem Kaisermantel" des "Welt-Neuordners" Friedrich - über die sich die "NS-Monatshefte" bereits hermachten, als die Nazis vom Baltikum bis nach Nordafrika herrschten - dienten Hunke als Buchtitel der Erstausgabe ihrer heutigen "Horizonte"-Bücher, die sie in den 60em/70em auf der Basis der Clauß-Arbeiten verfaßte; Clauß wiederum hielt damals in der DUR "religionswissenschaftliche" Gesprächskreise ab. "Unser arabisches Erbe" (Hunke 1960) setzten die "Arier" Clauß und Hunke gegen das "jüdische Christentum".

Selbstgöttliche Arier

Dreimal brachte Hunke den Neuaufguß der Nazi-Ideologie heraus: 1969 als "Europas andere Religion", 1981 als "Europas eigene Religion" und 1989 - das erste ihrer Bücher im "Horizonte Verlag" - unter dem Titel "Vom Untergang des Abendlandes zum Aufgang Europas". Hunkes Nazi-Plagiat im "Horizonte-Verlag" führt offen und ehrlich die Germanentümler der 30er und 40er Jahre als Referenzen an. Das Buch sei "die Vision eines sich aus eigener Kraft erhebenden, endlich seine ureigene ganzheitliche Identität frei entfaltenden 'europäischen' Europa", schreibt "Horizonte" 1989. In Wahrheit plappert Hunke die Ideologie nach, mit der die Verbrechen der SS als vermeintlich göttliche Taten der "Selbstüberschreitung" (Hunke) zum Herrenmenschen gerechtfertigt wurden, und macht

den Nordeuropäer zum "Mitarbeiter Gottes", der - wie die Nazis - die Arbeit "heiligt" und die Technik zur eigenen Weltherrschaft einsetzt.

Der Horizont ist braun

Stolz schreibt der "Horizonte Verlag" im "Gesamtverzeichnis 1993/94", daß Hunke der "Schiller-Preis 1985" verliehen worden sei. Was der Verlag verschweigt: Den Preis verleiht das rechtsextremistische "Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes", das seit Jahrzehnten als Nazi-Sammelbecken in den Verfassungsschutzberichten erwähnt wird und 1950 als Zweigorganisation der DUR von dem DUR-Gründer Herbert Böhme gegründet wurde. Der Hitler-Geburtstags-Dichter Böhme - persönlicher Stifter des "Schiller-Preises" aus der Nazi-Konkursmasse war vorher "Fachschaftsleiter für Lyrik" in der Goebbels-"Reichsschrifttumskammer" und Autor der "NS- Monatshefte". Nicht weniger stolz preist der "Horizonte Verlag" Sigrid Hunke auf dem Umschlag von "Aufgang Europas" mit dem Hinweis an, sie selbst sei "Kuratoriums-Vorsitzende der Sigrid-Hunke-Gesellschaft e. V." (SHG). Was der Verlag verschweigt: Die SHG, deren Zeichen das Schwert ist und deren Aufgabe die Verbreitung der Nazi-Ideologie im Hunke-Aufguß ist, wurde 1973 von alten Nazis der "Deutschen Unitarier" gegründet.

Gründungsmitglied und langjähriger Geschäftsführer der SHG war der vormalige

NSDAP- Reichstagsabgeordnete Otto Wetzel, zur Zeit der SHG- Gründung Kandidat für die NPD; Vorsitzender der Gesellschaft war Hunkes Ehemann. 15 Jahre lang waren DUR- Gruppen korporative Mitglieder der SHG.

"Encouraging" der Herrenmenschen

Hunke meint, der ursprünglich "freie Sachse" sei durch das christliche Gebot der Nächstenliebe zum "weinenden Knecht" geworden und müsse sich durch Rückwendung zur germanischen Weltanschauung - oder was die Nazis dafür halten - zu einem "hochverantwortlichen Mitschöpfer Gottes" emanzipieren, der sich seine Ethik selbst gibt (aus ihrem "Horizonte"-Buch). Andere "Horizonte"-Bücher nennen dies unverfänglicher "Encouraging": "Mut tut gut. Ich weiß, ich bin okay", heißt es da. "Selbstbewußte, mutige Menschen, die ihre eigenen Interessen mit den Interessen des Ganzen verbinden", sollen mit New Age-Techniken geschaffen werden. Um wessen In- teressen es wirklich geht, zeigen andere "Horizonte"- Bücher: "In einem gewaltigen Sog wird der Norden bald mitten in den Problemen des Südens stehen", meint der Verlag, und preist das Buch "Der Marsch. Aufbruch der Massen nach Europa" an - ein Horrorszenarium, in dem die angeblich drohende Überfremdung Europas durch die "Dritte Welt" beschworen wird: "'Wir sind arm, weil ihr reich seid.'

Nazi-Literatur im Angebot



Wer FaschoZeitungen
sucht, in diesem netten
Buchladen
wird sie/er
auch Sonntag
fündig.

"Wollen Sie noch welche aus dieser Reihe..", rief der "höfliche" Verkäufer einem "Junge Freiheit" Käufer zu.

Und wahrlich, die Auswahl ist breit gefächert. So manches braunes Herz schlägt angesichts dieses vielfältigen Angebotes höher.

Auch im Bahnhif Erfurt wird man fündig. Mit dieser 'Botschaft' brechen immer mehr Menschen Richtung Norden auf", schreibt "Horizonte". Der Arier muß nur den Mut aufbringen, sich zu wehren. Ins "Horizonte"- Konzept paßt Rudolf Bahros Buch "Rückkehr", in dem er sich auf Hunke und den obersten "theologischen Chef" der DUR, den Befürworter der Atomkraftnutzung Wolfgang Deppert, stützt. Der erklärte Antidemokrat Bahro will zurück zum "grünen Adolf" - wie er andernorts schrieb -, denn die Deutschen seien am meisten ansprechbar für das, was nach seiner Meinung aus der "Inweltkrise als Ursprung der Weltzerstörung" hinausführe: ein spiritueller Führer.

Wenn sein New Age-Freund Rainer Langhans 1991 in Bahros Tagungshaus allen Ernstes erklärte, die SS habe eine hohe Sterbekultur gehabt, von der man lernen müsse, dann wird klar, daß der "grüne Adolf" doch wieder der bekannte braune ist. Daß in Bahros "Horizonte"-Buch "Rückkehr" auch der Anhänger eines von Auschwitz gesäuberten Nationalsozialismus, der New Ager Jochen Kirchhoff, schreibt, ist folgerichtig.

Horizonte für den Norden

Wohin dieses "Horizonte"-Sammelsurium antidemokratischer Ideen führen soll, zeigen die hier publizierten "Reden zur neuen Weltordnung" von George Bush. "Amerika als Weltpolizist oder UNO als Weltsouverän - was will George Bush?", fragt der Verlag, nachdem Hunke und ihre Freunde die USA bereits als zukünftigen Hauptfeind ausgemacht haben. Der deutschfreundliche Uno-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali, der gerne die Bundeswehr bei Kriegen in aller Welt sähe, präsentiert bei "Horizonte" sein "Plädoyer für die große Reform der Vereinten Nationen", Beispiele Golfkrieg und Somalia-Einsatz.

"Fair" soll das Verhältnis des Nordens zum Süden organisiert werden, schreibt der Verlag zum Boutros-Ghali-Buch, und das meint bei "Horizonte": ethnopluralistisch.

Das Buch "Rettet die Weltkulturen. Der multikulturelle Planet" wird mit der Parole "Vielfalt statt Einfalt" angepriesen. Neofaschismus

menschenfreundlich: Die überkommenen Armutskulturen des Südens sollen - als Völkerzoo für Touristen? - geschützt werden. Konsumansprüche aus der "Dritten Welt", Forderungen nach gleichem Zugang zum Wohlstand - so suggeriert das "Horizonte"-Buch "Global Crash. Die notwendige Chance zur Weltidentität" - wären ökologisch unverträglich. Der Begriff "Notwende" - zentral in der klassischen faschistischen Literatur zur Rechtfertigung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit - wird hier nicht zufällig benutzt: Der Zusammenbruch der Gesellschaft "muß" vor einer "Neuordnung" kommen, meint "Horizonte".

Die Idee, ein Weltkrieg sei notwendige Voraussetzung des "Neuen Zeitalters", findet sich im New Age allenthalben. Hunkes Mitstreiter Benoist, der sein Buch "Heide sein zu einem neuen Anfang" aus Hunkes "Europas andere Religion" abschrieb, hat den Gegner bereits ausgemacht: "Wenn es einen Dritten Weltkrieg geben muß", befand er, so werde dieser zwischen einem keltogermanisch gewendeten Europa und den liberalistischen USA stattfinden, um die Weltherrschaft.

Und auch die Perspektive eines "bunten Deutschland" macht der Verlag sofort konkret: "In weltoffenen Märkten sind weltoffene Gesellschaften am erfolgreichsten." Man hat gelernt aus der Niederlage von 1945: Die "ethnopluralistische" Europa-Demagogie der Waffen-SS wird auf Uno-Ebene gebracht, die "Großwirtschaftsräume" der Nazi-Planer tauchen im "Organismus Erde" ("Horizonte") wieder auf. Armut oder Reichtum der Regionen - das ist im "Organismus" angeblich schicksalsmäßig vorgegeben. Europa als Weltmacht, die Uno ihr Instrument, beide beherrscht von den nordischen selbstgöttlichen Herren - diese Art faschistischer "Welt-Innenpolitik" verkauft "Horizonte" als New Age, als "Neues Denken", als "Weltidentität", in der dem Süden die arme agrarische "Identität" zugewiesen ist, dem Norden der Wohlstand, die Technik, die Herrschaft.

Die Mischung macht's



Die Botschaft von "Horizonte" kommt unterschwellig über.

Der Verlag schützt sich ab: Boutros-Ghali ist schließlich kein Faschist, Fang Lizhi -, "der chinesische Sacharow" - will schließlich nur eines: "Die unwiderstehliche Macht der Freiheit". Zusammen betrachtet ergibt das Verlagsprogramm den Ethnopluralismus des "Organismus Erde" in der bekannten Rollenverteilung, die Faschismus und New Age mit "ganzheitlicher" Ideologie unterfüttern: Jede Region an ihrem "natürlichen" Platz, das deutsch beherrschte Europa an der Spitze. Sanft erscheint dies alles, so sanft wie die braun-grüne Ideologie der völkischen Bewegung und des beginnenden Faschismus damals, die geradewegs in eine mörderische Modernisierung des Kapitalismus einmündete. Das "Horizonte"- Verlagsprogramm reicht von anscheinender Seriösität bis zu offener Scharlatanerie, von hoher Politik bis Psycho-Boom. Das Buch "Heilbar. Krebs als Chance" verspricht "sensationelle Durchbrüche mit neuer 'Persönlichkeitsmedizin'". Die Frage nach den Krebsursachen in den Produktionsbedingungen oder der Vermarktung krebserregender Produkte wird nicht gestellt.

Statt dessen erwecken die "Zeit"-Journalisten Theo Sommer und Christoph Bertram Euphorie über die "Großbaustelle Europa" und die "Weltinnenpolitik". "Die militärische, politische und wirtschaftliche Spaltung muß überwunden werden", meint der Verlag hierzu, Entfesselung des Kapitalismus ist gemeint. In dem Buch "Der Weltzentralbankpräsident" soll das "ökonomische Bewußtsein" für eine "neue politische und monetäre Ordnung der Welt" vermittelt werden, die nach dem biologistischen Organismus-Modell streng hierarchisch ist. Der Unesco-Generalsekretär Federico Mayor will ein "globalverträgliches Konzept von Entwicklung", das auf der Erhaltung der "Dritte Welt"-Kulturen basiert. Der ethnopluralistische Schutz der jeweiligen "nationalen Identität" ist die Basis für die Hierarchie im "Organismus Erde": Wann wäre eine Hand je zum Kopf geworden! Wenn der Krebs in der "Dritten Welt" aus dem Gifmüll-Tourismus des Nordens kommt, wenn Aids nicht bekämpft werden kann, weil die Menschen kaum das Bildungsniveau haben, Kondome richtig anzuwenden und diese erst - aus dem Norden - kaufen müssen, obwohl der Kautschukbaum bei ihnen wächst - wo ist da die "Chance", was nutzt den Menschen anderer Erdteile dann ihre "nationale Identität"! Für Prediger des Herrenmenschentums kein Thema, denn die Erhaltung der "Identität" garantiert die Möglichkeit zu ungestörtem Neokolonialismus, erst recht unter Verhältnissen, unter denen die Uno aufgehört hat, ein Instrument gegen den Norden zu sein. Wer im "Organismus Erde" Kopf, Hand, Bauch zu spielen hat und wer das Arschloch ist, steht längst test.

Peter Kratz hat in seinem neuen Buch "Die Götter des New Age. Im Schnittpunkt von 'Neuem Denken', Faschismus und Romantik" (Elefanten Press Verlag Berlin 1994) die Selbstvergöttlichung der Faschisten und der New Ager analysiert: Ihre faustische Un-Ethik erlaubt der High Tech- und Gen Tech-Industrie phantastische Gewinne.

P. Kratz. März 1994.

Streit um Buchenwald

m die Gedenkstätte Buchenwald, vielmehr um die Auslegung der Geschichte Buchenwalds ist ein Streit entbrannt. In den Medien ist dieser jüngst bekannt geworden durch den Rücktritt des Gedenkstättenleiters Hoffmann und durch die vor Wahlen offenbar üblichen Schuldzuschiebungen zwischen Ministern und SPD-Opposition. Wir baten Heinz Koch den 1. Landessprecher des Bundes der Antifaschisten Thüringen uns seine Meinung zu den Ereignissen und ihren Hintergründen zu geben.

Schlagzeilen machen Politik

Unter Schlagzeilen wie: "So halfen Kommunisten den Nazis beim Morden." (Bildzeitung), "Verräter gehen über den Rost" (Thüringer Allgemeine), "Zwischen roter Weihestätte und Gulag Ettersber" (Berliner Zeitung), "Eine Legende wird demontiert" (Neue Zeit) und unter grober Verletzung des Rechts auf Datenschutz wird die Ehre der ehemaligen Häftlinge aus fast allen europäischen Ländern angegriffen. Warnende Stimmen, wie die von Prof. Jaeckel (Stuttgart) oder Prof. Weber (Mannheim) gehen im Strom der Verleumdungen unter.

Um was geht es in Wirklichkeit?

Geht es um die Wahrheit? Nein, es geht darum die faschistischen Verbrechen zu relativieren. Es geht darum, die Neonazis und ihre geistigen Väter gesellschaftsfähig zu machen. Es geht darum, die Linken europaweit auszugrenzen.

Nicht aus dem Auge zu verlieren sind folgende Tatsachen:

1. Buchenwald war ein Nazi-KZ. Das Ziel war dabei die Isolierung und Vernichtung politischer Gegner und anderer mißliebiger Personengruppen.(Juden, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, Homosexuelle)

Angesichts des SS-Terrors, von dem über 60.000 Ermordete zeugen, gab es einen ungewöhnlich scharfen Kampf der politischen Häftlinge gegen die SS-Mörder und ihre Helfer in Gestalt von kriminellen Häftlingen sowie gegen Spitzel.

Diesen Kampf ums Überleben kann ein Außenstehender kaum nachvollziehen. Verbunden war damit eine Brutalisierung, die die Achtung vor dem Leben einschränkte. Der Tod war kein soziales Ereignis mehr.

2. Nicht ehemalige Häftlinge hatten Lagerfunktionen wie Lager- und Blockältester, Kapos u.a. geschaffen. Damit wollte die SS-Führung eine Häftlingsgruppe gegen die andere ausspielen. In Buchenwald gelang es in einem langwierigen Kampf diese Funktionen mit Antifaschisten zu besetzen und Innenkomandos wie Lagerschutz, die Schreibstube zu besetzen und zu internationalisieren. Das hatte eine positive Auswirkung auf das Häftlingsleben und für die Rettung vieler

vom Tode bedrohter, wie z.B. die Kinder. Daß einzelne Häftlinge Lagerfunktionen für persönliche Zwecke nutzten, sich Privilegien verschafften, kann man verurteilten, aber menschlich verständlich ist es. Daß Häftlinge unter Zwang der SS an der Tötung von Mitgefangenen teilnahmen ist entsetzlich aber wo hört unter KZ-Bedingungen die Notwehr auf und wo beginnt das Verbrechen?

3. Muß gesagt werden, daß die große Mehrheit der im KZ Buchenwald eingesperrten deutschen Kommunisten ihren humanistischen Idealen treu blieben, sich selbstlos und solidarisch verhielten, über 1000 Kindern und Jugendlichen das Überleben ermöglichten, tausende Juden vor Todesmärschen bewahrten, keine Ausländerfeindlichkeiten zuließen, sondern im Gegenteil, eine internationale Zusammenarbeit zustande brachten.

4. Was wir brauchen ist eine objektive Darstellung. Deshalb sind wir für eine rückhaltlose Aufklärung aller, das KZ Buchenwald betreffender Tatsachen, für die unbedingte Wahrhaftigkeit bei der Erforschung und Darstellung der Lagergeschichte, wie es im Hinblick auf die ganze Geschichte der Fall sein sollte.

Wir teilen den Standpunkt des Kuratoriums der Stiftung "Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau Dora": "Das Kuratorium verurteilt den leichtfertigen Umgang der Presse mit den sog. SED Akten zur Kollobaration. Dieses hochsensible Material, das Einblick in menschliche Grenzsituationen gibt, ist für den politischen Streit denkbar ungeeignet. Schuldzuweisungen und Verschleppungsvorwürfe sind ungerechtfertigte Unterstellungen."

Heinz Koch, 1. Landessprecher des Bundes der Antifaschisten Thüringen e.V.



Spendenkonto zur Durchführung der Feierlichkeiten anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung des KZ Buchenwald

Sparkasse Erfurt, 8205422

Kto. Nr.: 82054222

Rassismus gekoppelt mit extremem Leistungsdenken

Hannover. Sozial benachteiligte Jugendliche neigen weniger zu Rassismus als nicht benachteiligte. Bei den rechtsradikalen Gewalttätern ist der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen etwa ebenso hoch wie die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen insgesamt. Dies sind laut Jürgen Trittin, niedersächsischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Ergebnisse einer Auswertung von entsprechenden Untersuchungen.

Sie ergaben, daß die Anhänger der rechtsextremen "Republikaner" überdurchschnittliche Einkommen beziehen. Aus den Untersuchungen ergebe sich kein Zusammenhang mit fehlender sozialer Einbindung, wohl aber mit "vorrangiger Orientierung an Geld, Aufstieg und Status". Bei nicht benachteiligten Jugendlichen mit rassistischer Einstellung sei ein extremes Leistungsdenken festgestellt worden. Ihr Ziel sei es, diejenigen auszugrenzen, die Gewinn, Erfolg und Stellung schmälern könnten. Es handele sich hier um ein militantes Einfordern herrschender Normen. Damit kann der Konservativismus schwerlich seine Vaterschaft leugnen.

Rassismus und Rechtsextremismus hätten alle gesellschaftlichen Schichten erfaßt.

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 27. 1. 94 - fr)

"Wir sind auch die kämpfende Front"

Frauen in der rechten Szene

"Das Gespräch mit den Frauen in der rechten Szene ist schwierig, man muß das Mißtrauen überwinden, eine gemeinsame Sprache finden, die eigene Wut und Empörung, die man bei rassistischen Aussagen und der Leugnung des Holocaust empfindet, zurückhalten. Sonst läuft man Gefahr, daß das Gespräch abgebrochen wird oder sich ständig im Kreis dreht. Etwas über sie zu erfahren, ihre Entwicklung und Entscheidung für Rechts, bedeutete, sie erzählen zu lassen, sie nicht zu verunsichern durch Argumente, Fakten gepaart mit rethorischer Überlegenheit. Das heißt aber nicht, ihnen etwas vorzumachen, aus taktischen Überlegungen heraus eine ideologische Kumpanei vorzugaukeln, das wäre fatal."

Sonja Balbach, die Autorin des Buches, schreibt diese Zeilen unter der Überschrift: Verstehen heißt nicht billigen" in ihrem erklärenden Vorwort. Doch so richtig und einleuchtend diese Überlegungen sicherlich in einem bestimmten Maße sind, beeinflussen sie den Inhalt der geführten Interviews sehr.

Und deshalb vermißte ich das genaue Nachhaken, Hinterfragen von Details, das in Frage stellen der Antworten beziehungsweise Nichtantworten oder gar die Konfrontation mit einer anderen Einstellung.

Sie hat die unterschiedlichsten Frauentypen der rechten Szene befragt. Angefangen bei der anerkannten 17 jährigen Schlägerin, die in der Gruppe ihre Anerkennung suchte und nur leere Phrasen zum besten zu geben weiß, über die junge Mutter, aus einem zerrütteten Eltern-

haus stammend, die zusammenlebt mit dem Anführer einer Skinheadclique und sich als schon immer vom Denken her Rechts bezeichnet, die unauffällige Verkäuferin, die Berufsleben und Privates streng trennt, um keine Nachteile zu haben und einen neuen Führer nicht schlecht fände. Dann gibt es allerdings auch die ideologisch gefestigte Jungkaderin der Deutschen Nationalisten, die, aus der DDR kommend, nun ihre politische Heimat gefunden zu haben meint und auch eher zuschlägt als Zeit mit Reden zu vergeuden. Und über eine echte deutsche Mutter von fünf Kindern, die selbst aktiv ist in der FAP (zuvor war sie erst Mitglied der SED, dann der REPs), geht es weiter mit einer 70 Jahre alten Witwe eines SA-Gruppenführers, die junge Leute einlädt und sie "Schriften lehrt"... Eines haben diese Frauen alle gemeinsam, den Haß auf Ausländer. Eine einheitliche Frauenideologie gibt es nicht, das zeigt sich vor allem beim Thema Abtreibung. Deutlich wird, daß junge Frauen überwiegend selbst entscheiden wollen, ob sie ein Kind bekommen oder nicht.

Sonja Balbach hofft, daß die geführten Interviews dazu beitragen, die Gründe zu verstehen, die Mädchen und Frauen sich für die Rechte entscheiden lassen. "Verstehen heißt nicht billigen" wiederholt sie, aber selbst das halte ich für schwierig.

Trotz aller Kritik ist es ein Buch zu diesem Thema, welches zu lesen sich lohnt.

1994 Konkret Literatur Verlag, Hamburg ISBN 3-89458-126-3, Kostenpunkt 24,-DM

Europa auf Rechtskurs

echte Populisten konnten in fast allen europäischen Ländern ihre Position bei den Europawahlen stabilisieren oder sogar ausbauen. Während die sozialistische Fraktion gewaltige Einbußen verzeichnen mußte und die anderen Linkskräfte im Europaparlament fast keine Rolle mehr spielen. Auch wenn in Deutschland die neofaschistischen Parteien eher abgebaut haben, stehen die Signale für fortschrittliche Konzepte eher auf Stop!

Der Mißerfolg des deutschen Neofaschismus ist weniger ein Erfolg des Wiederstandes, als der Erfolg der Konservativen und der SPD, die mit nationalistischen Slogans viele WählerInnen, die eher REP oder andere rechtsextreme Parteien gewählt hätten, vorerst an sich binden konnten.

Diese Strategie wird aber mittelfristig die Rechtsextremen stärken und dem alltäglichen Rassismus Vorschub leisten - Keine Entwarnung für Antifas!

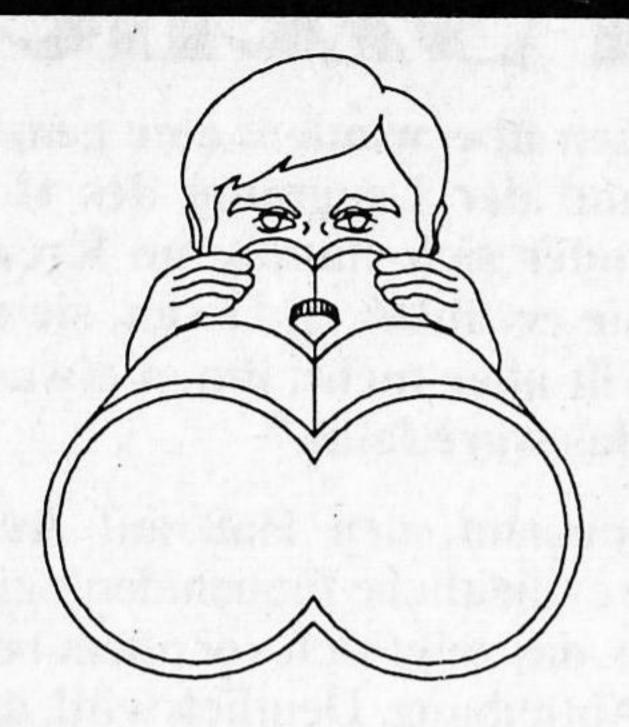
Vielmehr muß der Druck in den kommenden Monaten sich nicht nur gegen den Neofaschismus wenden, sondern muß die CDU und auch die SPD so unter Druck setzen, daß von solchen Konzepten Abstand genommen wird.

Die SPD muß gezwungen werden, wieder zu einer sozialen und antirassistischen Politik zurückzufinden.



Vom Kopfschütteln allein lassen sich Faschismus und Rassismus nicht vertreiben!

Meldungen - Beobachtungen



Stuttgarter Neonazi -Prozeß geplatzt

Der bereits seit 3 Jahren anhaltende Prozeß gegen eine Gruppe von zehn Neo-Nazis wegen Weiterführung der 1983 verbotenen faschistischen Kühnen-Organisation "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten (ANS/NA)" mußte wegen Krankheit einer Schöffin auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden. Angeklagt sind etliche Drahtzieher militanter neofaschistischer Gewalt. Wie nicht anders zu erwarten, zeigt die Justiz kein verstäktes Interesse an der schnellen Verurteilung. Laut. Strafprozeßordnung muß eine 10 Tage frist eingehalten werden, was jedoch der zuständigen Staatsschutzkammer zufolge nicht zu gewährleisten war. Nun muß der Prozeß, der bis jetzt schon 120 Prozeßtage dauerte und mehr als eine Million Mark kostete, völlig neu aufgerollt werden.

1. Mai in Berlin Nazifrei

Nachdem es der neofaschistsichen FAP im vergangenen Jahr gelungen war, von der Polizei geschützt, durch Ost-Berlin zu marschieren, fanden sich in diesem Jahr genügend Antifas um den Aufmarsch zu verhindern. Ca. 500 Antifas sorgten den ganzen Tag über dafür, daß sich die Faschisten nicht aus ihren Häusern trauten. Die Polizei von diesen Aktionen überhaupt nicht begeistert, bemühte sich um die Einkesselung und Verhaftung von hundert AntifaschistInnen.

Hinter den Kulissen

Die faschistischen Aktivitäten im Land Brandenburg sind das Thema einer jüngst erschienen Broschüre: Weitgehend unbemerkt und unbehelligt von Polizei, Medien und einer breiteren Öffentlichkeit konnten faschistsiche Organisationen wie die Nationalistische Front und ihre Nachfolgeorganisationen ihre Strukturen im Land Brandenburg ausbauen und erweitern. Nach eigenen Angaben verfügen die NF und ihre Nachfolgeorganisationen inzwischen bundesweit über 70 Stützpunkte mit 670 Mitgliedern, wobei sie ihren organisatorischen Schwerpunkt auf Brandenburg gelegt hat. Die Broschüre deckt ihre Strukturen und Aktivitäten auf; sie nennt die Kader und Drahtzieher im Hintergrund beim Namen. Darüber hinaus macht sie deutlich, daß der brandenburger Verfassungsschutzbericht April 1994 gezielt die Entwicklung der illegal faschistsichen Organisierung in Brandenburg verschweigt und verharmlost.

Dem Autorenkollektiv ist ein Dank auszusprechen für die geleistete Arbeit. Wie wichtig eine ähnliche Broschüre für Thüringen wäre, die zudem die zunehmende Zusammenarbeit könservativer Kreise mit Rechtsextremen aufdeckt und benennt, wissen Thüringer Antifas aus ihrer täglichen Praxis.

Häuserräumungen, Köln

Halbstädtische Firma "Moderne Stadt" läßt besetztes Haus von brutaler Wehrkampftruppe räumen.

In Köln wurde am 4.2.94 ein leerstehendes Fabrikgelände von verschiedenen Initiativen und Selbsthilfegruppen besetzt. Ihrer Vorstellung von selbstbestimmten Leben und Arbeiten wurde nur 2 Monate später ein vorläufiges gewaltsames Ende bereitet.

Am 14.4. tauchte ein paramilitärisch gekleideter Trupp von zum Teil kahlgeschorenen Männern auf und forderte die Anwesenden auf, unverzüglich das Gelände zu verlassen. Ansonsten würden sie, das demonstrierten sie mit ihren mitgebrachten Schlaginstrumenten, zuschlagen. Die Polizei stand vor dem Tor und beobachtete den offenbar vom Besitzer des Geländes angeheuerten Schlägertrupp ohne einzugreifen.

Die neue Qualität an dieser Räumung ist, daß ein halb-städtisches Unternehmen bezahlte Schlägertrupps anheuert, wenn die Justiz nicht so spurt wie das Kapital es will. Quelle: CL-Netz

4.6. in Arnstadt

Ca. 500 AntifaschistInnen demonstrierten am 4.6. in Arnstadt gegen Neofaschismus für nazifreie Parlamente. Zur Irritation der Polizei blieb es friedlch. Lediglich die eigenmächtige Verlängerung der Demoroute ließ die Prügelherzen einiger PolizistInnen höher schlagen. Enttäuscht mußten sie jedoch mit unbenutzem Knüppel wieder abziehen. Am Rande der Demonstration stolperten drei Naziskins in die Schläge von einigen Menschen, die unter dem Motto "unsere Stadt soll schöner werden" ihren Beitrag zur Stadtsanierung leisten wollten. Die Polizei kümmert sich fürsorglich um die Verletzten. Sie hatten eben Glück. Sie waren eben keine Ausländer aus Magdeburg.

Brutaler Polizeieinsatz - SEK Einheit überfiel autonome Satiriker

Wuppertal(taz, 31.Mai 94) Die elf Gestalten näherten sich der Wuppertaler Heimstatt des Staatsschützers einschlägig gekleidet: Schlapphüte, Trenchcoats, die Gesichter versteckt hinter dunklen Sonnenbrillen, so zog die Observantengruppe, "schwer bewaffnet" mit Flugblättern unter den Augen der Polizei am Freitag abend zum Objekt der Begierde. Ein Stück "autonomes Straßentheater", eine "Gegenobservation" mit abruptem Ende. Dafür

sorgte eine SEK-Sondertruppe, die das Stück vor dem Haus des Wuppertaler Staatsschützers überhaupt nicht lustig fand. Auf die "Gegenobservanten" knüppelte die Staatsmacht derart brutal ein, daß zwei von ihnen noch heute mit schweren Kopfverletzungen im Krankenhaus liegen.

Veranstaltungen

- 16.7. 10 Uhr, Haus d. Gewerkschaften. "Der 20. Juli 1944 Militärputsch oder Revolution" mit Prof. Finker
- Buchenwald. Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der Ermordung von Paul Schneider. Näheres ist der Presse zu entnehmen.
- 20.8. 10 Uhr, Volkshaus Weimar. Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der Ermordung von Ernst Thälmann und dem Tod Rudolf Breitscheidt mit Prof. Weißbecker, Prof. Niemann und Prof. Sassning.



Diese Zeitung finanziert sich aus Spenden.

Deshalb, wer ein Exemplar oder mehrere haben möchte, kann bei der Redaktion bestellen und Spenden. Portogebühren müssen wir in Rechnung stellen.

Spendenkonto: Kennwort THAN, BfG Erfurt, 2371243701

Red.: Thüringer Antifa Nachrichten; Joseph Grüne, Eislebenerstr.3-71, 99086 Erfurt; Tel.: 0361 6738293 (1.6.94)